

Brutaler Messerangriff in Moschee: Premier verurteilt tödlichen Vorfall

In einer Moschee in Südfrankreich wurde ein Gläubiger tödlich angegriffen. Der Vorfall wirft Fragen zur Islamophobie auf.

La Grand-Combe, Frankreich - Am Freitag kam es zu einem schockierenden Vorfall in einer Moschee im südfanzösischen Dorf La Grand-Combe, bei dem ein Gläubiger durch dutzende Messerstiche getötet wurde. Der Täter, der die Tat gefilmt und islamfeindliche Flüche gerufen haben soll, floh anschließend vom Tatort. Laut Staatsanwalt Abdelkrim Grini wird bereits nach dem Angreifer gefahndet, während die Antiterror-Staatsanwaltschaft die Übernahme des Falls prüft. Das Opfer, ein junger Mann, der regelmäßig die Moschee besuchte, wurde gefunden, als andere Gläubige zum Freitagsgebet eintrafen. Zum Zeitpunkt des Angriffs waren lediglich der Täter und das Opfer in der Moschee, der Angreifer war zuvor nicht bekannt und wurde nicht in der Gemeinde gesehen.

Das erschreckende Verbrechen wird von der französischen Regierung verurteilt. Der Premierminister betonte die Notwendigkeit, alle Aspekte dieses Tötungsdelikts zu untersuchen. In den letzten Jahren sind die islamfeindlichen Übergriffe in Frankreich stark gestiegen. Der „European Islamophobia Report 2023“ zeigt, dass antimuslimische Vorfälle in Frankreich um 29 % zugenommen haben. Diese Zunahme wird stark mit dem „Anti-Separatismus-Gesetz“ und einer breiteren gesellschaftlichen Stimmung in Verbindung gebracht, die Diskriminierung und Gewalt gegen Muslime begünstigt.

Kontext der Islamophobie in Europa

Der Bericht, verfasst von 33 Experten, untersucht die Verbreitung von Islamophobie in 28 europäischen Ländern und dokumentiert einen alarmierenden Anstieg islamfeindlicher Vorfälle, insbesondere nach den Angriffen Israels auf den Gazastreifen im Oktober 2023. In Deutschland wurden 2023 insgesamt 1.926 islamfeindliche Vorfälle registriert, ein Anstieg von 114 % im Vergleich zum Vorjahr, wobei die meisten Vorfälle nach dem 7. Oktober stattfanden.

Darüber hinaus zeigt der Bericht, dass sich antimuslimischer Rassismus nicht nur in physischer Gewalt äußert, sondern auch in Diskriminierung am Arbeitsplatz und im Bildungswesen. Muslimische Frauen, insbesondere diejenigen mit Kopftuch, haben es in der Arbeitswelt besonders schwer und werden 40 % seltener zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.

Forderungen zur Bekämpfung der Diskriminierung

Das Dokument fordert eine präzisere Erfassung islamfeindlicher Vorfälle sowie strengere gesetzliche Maßnahmen. Kritische Darstellungen von Muslim:innen in den Medien verstärken antimuslimische Narrative und tragen zur Erosion des Vertrauens in die europäischen Gesellschaften bei. Um dem entgegenzuwirken, wird eine einheitliche Definition von Islamophobie gefordert, ebenso wie die Förderung von Bildungsprogrammen zur Aufklärung über Rassismus und Diskriminierung.

Angesichts des aktuellen Vorfalls in La Grand-Combe wird die dringende Notwendigkeit zur Bekämpfung von Hasskriminalität und zur Unterstützung der betroffenen Gemeinden noch deutlicher. Der Premierminister und andere offizielle Stellen müssen entschlossene Maßnahmen ergreifen, um eine sichere und inklusive Gesellschaft für alle Bürger zu gewährleisten.

Details	
Ort	La Grand-Combe, Frankreich
Quellen	• www.kleinezeitung.at • www.islamiq.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at